

### 3 REFLEXION UND DIALOG ALS ANTWORT AUF ETHISCHE PROBLEMATISIERUNGEN UND ZUM SCHUTZ DER FORSCHUNGSFREIHEIT

Im Jahr 1978 gibt Giscard d'Estaing einen Bericht in Auftrag, der 1979 mit dem Titel »Sciences de la vie et société« – »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« (Gros et al. 1979/Übers. S.K.) publiziert wird. Beauftragt werden drei Wissenschaftler: der Molekularbiologe François Gros, zu dieser Zeit Direktor des *Institut Pasteur*, Professor am *Collège de France* und späteres Mitglied des CCNE, sein Kollege am *Institut Pasteur* und am *Collège de France*, der Nobelpreisträger François Jacob sowie der Mediziner und Universitätsprofessor Pierre Royer, Kollege Robert Debrés, späteres Mitglied des CCNE und zu dieser Zeit Präsident des Verwaltungsrates des *Institut Pasteur* sowie Berater der DGRST. Was führte zu dem Bericht?

#### 3.1 Der Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft«<sup>16</sup>

Staatspräsident Giscard d'Estaing vermutet für die Lebenswissenschaften eine »bioindustrielle Revolution« (Le Président de la République M. Valéry Giscard d'Estaing 1978: 3/Übers. S.K.) und eine ähnliche Entwicklung wie in den Physikwissenschaften. Er formuliert in dem Anschreiben an die Wissenschaftler:

»So, wie die Physikwissenschaften dazu beitragen, die gesellschaftliche und industrielle Organisation zu gestalten, besonders durch ihre Anwendungen im Bereich der Energie, des Verkehrs, der Kommunikation, der Elektrophonik<sup>17</sup> und der Informatik, so sind die Lebenswissenschaften aufgerufen, einen maßgeblichen Einfluss auszuüben, insbesondere durch ihre Auswirkungen auf die Medizin, die Pharmazie, die Chemie, die Landwirtschaft, die Ernährung, die Energieproduktion und auf den Umweltschutz« (ebd.: 3/Übers. S.K.).

Der Staatspräsident vertraut Gros, Jacob und Royer die Aufgabe an,

»gesellschaftliche Konsequenzen der Entdeckungen der modernen Biologie [zu untersuchen, S.K.], die imstande sind, Auswirkungen auf die Organisation und die Funktionsweise der Gesellschaft zu haben, die nützlichen biotechnologischen Anwendungen für den Fortschritt

16 Gros et al. 1979/Übers. S.K..

17 Frz. *électrophonique* – ein veralteter Begriff, hierzu zählen bspw. Schallplattenspieler.

und das menschliche Wohl zu erfassen und eigene Mittel für die Umsetzung dieser Anwendungen vorzuschlagen« (ebd.: 4/Übers. S.K.).

Im Kontrast zur Tagung »Biologie und die zukünftige Entwicklung des Menschen« im Jahr 1974 scheint sich Giscard d'Estaing im Jahr 1978 auf das lineare Modell wissenschaftlicher und technischer Entwicklungen zurück zu besinnen. Nicht nur der Atombombenabwurf auf Nagasaki, der bereits auf der Tagung an der Sorbonne nicht erwähnt wird, nun scheint auch der Atombombenabwurf auf Hiroshima vergessen: Während Giscard d'Estaing auf der Tagung an der Sorbonne mit der Bezugnahme auf Einstein und Hiroshima das Verhältnis von Wissenschaft und Politik anzweifelt, scheint dies für ihn kein Problem mehr zu sein. Er nimmt sogar explizit Bezug auf die Physikwissenschaften und ihren industriellen und gesellschaftlichen Nutzen im Bereich der Energie. Entsprechend geht es ihm nicht mehr um die Auswirkungen der Atombombe auf die Menschheit, sondern um den industriellen und gesellschaftlichen Nutzen für Frankreich: »Je souhaite que notre pays occupe une place de premier rang« – »Ich wünsche, dass unser Land einen Platz in der ersten Reihe einnimmt« (ebd.: 3/Übers. S.K.). In seiner Amtszeit verfolgt Giscard d'Estaing den Ansatz, auf dem Weltmarkt Nischen für Frankreich zu finden, um international Position zu gewinnen (Gottweis 1997, 327). Allerdings vertraut er der Wissenschaft nicht insofern, als aus ihr per se Fortschritt und menschliches Wohl entsteht – genau dieses muss erst wissenschaftlich untersucht werden. Was wird vor diesem Hintergrund in dem Bericht thematisiert und inwiefern taucht die Sprache der Ethik auf?

Der Bericht beinhaltet einen über 200seitigen Überblick über lebenswissenschaftliche Entwicklungen, Vorschläge zu deren Förderung und ein abschließendes Kapitel zur Wechselwirkung von Biologie und Gesellschaft. Die demografischen Auswirkungen einer zukünftig möglichen Geschlechtswahl durch Präimplantationsdiagnostik werden ebenso thematisiert wie die demografischen Auswirkungen durch das Überaltern der Industriegesellschaften. Gegen den Hunger der Welt biete die Genetische Revolution eine Antwort. Die Qualität des Alters werde durch die medizinische Entwicklung garantiert. Wie schon auf der Tagung an der Sorbonne in Edwards Beitrag ist die Reproduktionstechnologie, wie bspw. die IVF, ein Thema, das explizit ethisch gerahmt ist. Sie werden in dem Kapitel »Mœurs et Pratiques Sociales« – »Sitten und soziale Praktiken« (Gros et al. 1979: 266/Übers. S.K.) behandelt.

### 3.2 Die Lebenswissenschaften und die Befreiung der Frau

In dem Kapitel »Sitten und soziale Praktiken« werden im Kontext neuer Reproduktionstechnologien perspektivisch folgende Veränderungen gesehen: »alle diese Techniken sind dabei, vollständig die traditionellen Verhaltensweisen im Bereich der Fortpflanzung und der Sexualität zu verändern« (Gros et al. 1979: 266/Übers. S.K.). In ihrer Prognose für die neuen Reproduktionstechnologien greifen die Autoren auf die gesellschaftlichen Auswirkungen zurück, die die Anti-Baby-Pille gehabt habe. Hier heißt es: »Die Errungenschaften der Biologie haben folglich stark dazu beigetragen, die Frau von ihren Verpflichtungen im Haushalt zu befreien« (ebd.: 266/Übers. S.K.). Und weiter heißt es, sie hätten zu einem massiven Eintritt der Frauen in die Arbeitswelt geführt, was soziobiologische Konsequenzen für die Kindererziehung sowie für die intellektuelle und affektive Entwicklung des Kindes habe. Dies könne durch Halbtagsarbeit eines Elternteils gelöst werden (ebd.: 266). Indem auf die Anti-Baby-Pille positiv Bezug genommen wird, als Beitrag zur Befreiung der Frau, erscheint der Beitrag, den die Reproduktionstechnologien leisten könnten, ebenso positiv. Soziobiologische Probleme, die aus der Befreiung entstehen, wie die Konsequenzen für die Kindererziehung, scheinen lösbar. Eine Verknüpfung wird hier zwischen Reproduktionstechnologien und Kontrazeptiva hergestellt. Deutlich wird, dass vor allem vom sozialen Nutzen der neuen Reproduktionstechnologie die Rede ist. Abtreibung, wie noch 1974 in dem Beitrag von Edwards auf der Tagung an der Sorbonne, wird nicht thematisiert. Dies ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass der Abtreibungskonflikt in Frankreich durch das Veil-Gesetz im Jahr 1975 gelöst scheint. Auch eine mögliche Inakzeptanz, Ängste oder Emotionen gegenüber den neuen Reproduktionstechnologien wie noch in Edwards Beitrag werden nicht thematisiert. Ein (möglicher) Konflikt wird hier nicht wahrgenommen. Indem im Zusammenhang mit neuen Reproduktionstechnologien explizit von sich ändernden traditionellen Verhaltensweisen in der Sexualität und Reproduktion, von der Befreiung der Frauen gesprochen wird, verengt sich der Raum, wie über dieses Thema gesprochen werden kann, es erfolgt eine Einordnung. Positionen, wie die von Jérôme Lejeune, Lebensschützer und Gründer der konservativen Organisation *Laissez-les vivre*, werden ausgeschlossen. Dieser kritisiert noch auf der Tagung 1974 an der Sorbonne die Methode der IVF aufgrund der Möglichkeit genetischer Manipulation am Menschen. Jacob, nun Mitautor des Berichts, hat damals auf der Tagung Lejeunes Beitrag als moralische Position kritisiert, die andere zwingen will, ihr zu folgen. Diese Art der Moral wird in dem Bericht nicht erwähnt, lediglich einige Widerstände im Kontext der Anti-Baby-Pille: »Trotz einiger Widerstände wurde die chemische Verhütung als einflussreicher Faktor der Befreiung aufgenommen« (ebd.: 282/Übers. S.K.). »Widerstände« ge-

gen die Anti-Baby-Pille gibt es insbesondere durch den *Ordre des médecins* im Kontext der Legalisierung von Verhütungsmitteln durch das Neuwirth-Gesetz im Jahr 1967. Dessen Definitionsmacht von Moral wird im Kontext der Legalisierung der Abtreibung 1975 zunehmend geschwächt. Diese Moralvorstellung wie auch die Lejeunes werden nicht explizit thematisiert, zentral ist die Befreiung der Frau.

### 3.3 Die Lebenswissenschaften und ihre »humanitäre Rolle«<sup>18</sup>

Im Unterschied zu den Reproduktionstechnologien werden für den Bereich der Gentechnologie, jetzt »génie génétique« genannt, Kontroversen festgestellt: »In der Biologie haben die Entdeckung und die Anwendung genetischer Techniken zum ersten Mal öffentliche Kontroversen über ihre möglichen Gefahren ausgelöst« (Gros et al. 1979: 282/Übers. S.K.). Ob mit der Formulierung »öffentliche Kontroversen« die Kontroversen im internationalen Kontext von Asilomar gemeint sind oder/und speziell die Kontroversen, die in Frankreich Mitte der 1970er Jahre hauptsächlich an den Forschungsinstituten stattfinden, wird in dem Bericht nicht deutlich. Jedoch zeigt sich anhand der Befürchtungen, die die Autoren mit den Kontroversen verbinden, um welche Art Kontroversen es sich handelt. Die Kontroversen, so heißt es in dem Bericht, könnten den Platz der Lebenswissenschaften in der Gesellschaft gefährden: »Was bisher als humanitäre Rolle betrachtet wurde, könnte jetzt häufig als ein Alibi für einen Profit- und Machtwillen erscheinen« (ebd.: 279f/Übers. S.K.). Der Profit- und Machtwille, den die Autoren benennen, ist m.E. eine Anspielung auf die Gentechnologiekritikerinnen und -kritiker, seien es solche aus der amerikanischen *new critical science movement* oder der französischen *Science du Peuple* – beide kritisieren die Gefahren, die Profitorientierung und die Entscheidungsverfahren in der Forschung und Entwicklung. Gleichzeitig ist der Profit- und Machtwille einer der Hauptkritikpunkte der französischen Atomkraftgegnerinnen und -gegner, die sich gegen den Messmer-Plan und das Motto »tout électrique – tout nucléaire!« richten, der Frankreich zur Atommacht bringen soll. Als der Bericht »Lebenswissenschaften und Gesellschaft« im Jahr 1979 erscheint, erreicht die Anti-Atombewegung in Frankreich kurz zuvor durch die Demonstrationen gegen den *Superphénix* in Malville im Jahr 1977 einen Höhepunkt.

---

18 Gros et al. 1979: 279f/Übers. S.K..

### 3.4 Die Lebenswissenschaften und die »Gunst der Öffentlichkeit«<sup>19</sup>

Atomenergie bzw. Physiktechnologien werden in dem Bericht aber nicht im Kontext der Gentechnologie und ihrer Kontroversen thematisiert, sondern im Kontext der Lebenswissenschaften: »Die Lebenswissenschaften erhalten die Gunst der Öffentlichkeit. Das Wissen über das Leben und der Kampf gegen die Krankheit werden oft als Gegengewicht zu den Exzessen in der Physiktechnologie wahrgenommen« (Gros et al. 1979: 282/Übers. S.K.). Was mit »Exzessen in der Physiktechnologie« gemeint ist, wird von den Autoren nicht konkretisiert. Vor dem Hintergrund betrachtet, dass der Bericht im Auftrag des Staatspräsidenten verfasst wurde, vermute ich, dass damit nicht die französische Atompolitik gemeint ist, auch nicht die Atomwaffentests Frankreichs im Pazifik, sondern wiederum eher, wie auf der Tagung an der Sorbonne, der Atombombenabwurf auf Hiroshima. Die negativen Auswirkungen, die »Exzessen in der Physiktechnologie«, werden in Kontrast zum Kampf gegen Krankheiten gestellt. Sie werden in Kontrast zu den positiven Auswirkungen der Forschung gesetzt, die in der Öffentlichkeit anerkannt sind. Positive Auswirkungen der Lebenswissenschaften insgesamt, nicht nur der Gentechnologie, werden im Kontext der Atomtechnologie thematisiert. So erscheinen Lebenswissenschaften als Gegengewicht zu den »Exzessen in der Physiktechnologie« und nicht etwa die Gentechnologie und ihre Kontroversen als Pendant zur nicht akzeptierten Atomtechnologie. Die Gentechnologiekontroversen werden unter dem Begriff Lebenswissenschaften subsumiert und scheinen nicht mehr nennenswert, sie verschwinden hinter dem neuen Begriff. Im Kontext der Reproduktionstechnologien wird von einigen Widerständen gesprochen, im Kontext der Gentechnologie von Kontroversen; die Lebenswissenschaften und insbesondere der Kampf gegen Krankheiten stehe in der Gunst der Öffentlichkeit. Diese Gunst scheint den Autoren jedoch nicht dauerhaft sicher:

»Bis jetzt war die Entwicklung der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendungen sich selbst überlassen: sie schien ganz natürlich an den Wachstum der Humanität und der Förderung des Wohlergehens angepasst. Mediziner und Biologen nahmen eine Art der Selbstregulierung wahr, sie legten Regeln für Experimente am Menschen oder für die Gentechnologie fest. Früher oder später jedoch wird sich die Entwicklung dieser Wissenschaften noch direkter mit der Entwicklung der Gesellschaft, ihren Hoffnungen, ihrer Ethik verbinden müssen« (ebd.: 280/Übers. S.K.).

---

19 Gros et al. 1979: 282/Übers. S.K..

Die Autoren stellen eine mögliche zukünftige Krise der bisher praktizierten professionellen Selbstregulierung fest. Allerdings ist mit der Verbindung von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht eine Ausrichtung wissenschaftlicher Entwicklungen an eine »Ethik« oder an »Hoffnungen« in der Gesellschaft gemeint. Denn es heißt weiter in dem Bericht: »Mit der Zeit nehmen die Zwänge, die auf der wissenschaftlichen Forschung lasten, zu: Ethische und soziale Zwänge auf der einen Seite; technologische und industrielle auf der anderen Seite« (ebd.: 283/Übers. S.K.). Ethik erscheint nun wieder als etwas, das räumlich getrennt auf gesellschaftlicher Seite verortet wird, im Sinne einer *éthique à l'américaine*. Die Lösung sehen die Autoren im Dialog: »Es ist wichtig, dass der wissenschaftliche Dialog mit der Gesellschaft einerseits und mit der Verwaltung und der Politik andererseits zusammenkommt« (ebd.: 283/Übers. S.K.). Voraussetzung für einen Dialog sei allerdings die Bildung und Information der Öffentlichkeit: »Es wird zuerst eine gesteigerte Anstrengung der Wissenschaftler für die Bildung und Information der Öffentlichkeit nötig sein« (ebd.: 282). Das Wissen der Öffentlichkeit wird als defizitär wahrgenommen. Zwar wird auch aus dem technokratiiekritischen Spektrum, wie der GIB, eine Information der Öffentlichkeit gefordert, in Form einer Gegen-Information. Der Unterschied liegt allerdings darin, dass die Bürger und Bürgerinnen mit dem Ziel informiert werden sollen, eine politische Diskussion über die Entscheidungen zu wissenschaftlichen und technischen Entwicklungen führen zu können. Die Partizipation an Entscheidungsverfahren über die wissenschaftlichen Entwicklungen wird in dem Bericht allerdings nicht thematisiert. Die Autoren meinen also, dass mit der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung »ethische und soziale Zwänge« zunehmen. Aufgrund dessen ist es in ihrer Perspektive wichtig, in Dialog zu treten. Zum Zweck des Dialogs heißt es weiter in dem Bericht: Er bewahre »der Forschung das Stück der Freiheit und des Unvorhergesehenen, ohne die sie zugleich ihre Legitimität und Effizienz verlieren würde« (ebd./Übers. S.K.). Die »ethischen Zwänge«, die von gesellschaftlicher Seite ausgeübt werden, werden in diesem Zitat als Störfaktor für die Freiheit der Forschung gesehen, der durch eine Bildung der Öffentlichkeit und durch die Teilnahme im Dialog aufgelöst werden könne. Der Dialog wird in der Perspektive der Autoren zum Garant für die Freiheit und zur Legitimitätssicherung der Forschung. Ethik wird in diesem Bericht als »Zwang« dargestellt, der von der Gesellschaft auf die Forschung ausgeübt wird und die wissenschaftliche Selbstregulierung in Frage stellen könnte. Abgesehen von der Förderung des Dialogs wird zudem die Einrichtung einer Reflexionsgruppe vorgeschlagen:

»Es ist vor allem eine sorgfältige und kontinuierliche Reflexion durch eine Gruppe notwendig, die nicht nur mit Wissenschaftlern und Politikern zusammengesetzt ist, sondern mit Per-

sönlichkeiten verschiedener Kompetenzen. [...] So ist es ein wenig die Angelegenheit aller. Aber diese Angelegenheit impliziert [...] eine ausreichende Anzahl gut informierter Bürger, die fähig sind mit den Wissenschaftlern zu kommunizieren« (ebd.: 280/Übers. S.K.).

Die Idee einer Reflexionsgruppe taucht hier im Jahr 1979 zum zweiten Mal auf. Während im Jahr 1974 in der Konzeption des MURS noch von Interessierten gesprochen wird, die abgesehen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen teilnehmen sollen, wird nun auch die Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen vorgeschlagen. Mit der »neuen Wissensproduktion« gedacht, werden die Bürgerinnen und Bürger zu aktiven Partnerinnen und Partnern, denn die Reflexion sei »ein wenig die Angelegenheit aller«. Allerdings sind sie nicht als Experten oder Expertinnen im Sinne eines »we are all experts« konzipiert, sondern werden im Kontrast zu den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen als defizitär gesehen. Denn Bürger und Bürgerinnen müssen erst informiert werden, um befähigt zu sein, mit den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zu sprechen. Zudem sollen explizit Politiker und Politikerinnen teilnehmen. Während in der Konzeption des MURS Politikerinnen und Politiker bzw. Regierungen beraten werden sollen, ist nun eine gemeinsame Reflexion vorgesehen. Dies entspricht dem Vorschlag Giscard d'Estaings von 1974 auf der Sorbonne-Tagung, in dem er formuliert, dass ein Zusammenschluss mit der Politik notwendig sei (vgl. Monsieur le Président de la République Giscard d'Estaing 1976: 585). Offen bleibt noch, ob und inwiefern nun die Art der Reflexion des MURS und/oder die in dem Bericht vorgeschlagene Reflexion letztlich das Konzept des CCNE inspirieren. Diese Frage wird im Kontext des CCNE wieder aufgegriffen (Kapitel VI).

## 4 ZUSAMMENFASSUNG

Meine These ist, dass für die Autoren des Berichts durch die Aufmerksamkeit der Politik bzw. durch das wirtschaftliche Interesse des Staatspräsidenten eine mögliche Förderung ihrer Forschung absehbar ist oder sie sich diese erhoffen. Indem Giscard d'Estaing auf den gesellschaftlichen und industriellen Nutzen der Physikwissenschaft verweist, liegt dies nahe. Wenn die Lebenswissenschaften in einem ähnlichen Ausmaß zu einem Regierungsprogramm würden wie der Messmer-Plan für die Atomenergie, wären öffentliche Konflikte absehbar, die bereits im Kontext der Gentechnologie an den Forschungsinstituten begonnen haben. Zwei der Autoren des Berichts arbeiten zu dieser Zeit am *Institut Pasteur*, wo es Mitte der 1970er Jahre Konflikte um Gentechnologie gibt. Die Kritik an einem solchen Regierungsprogramm wäre ebenso möglich gewesen, wie ein Zusammenschluss von Kritikerinnen und Kritikern